JÜDISCHES GEMEINDEBLATT

MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE BREMEN

AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG

Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt

Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet

Verlagsort Kassel

Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 12 | Bremen, den 18. August 1932 | 4. Jahrgang



Der Verlag trägt keine Verantwortung für die religionsgesetzliche Zulässigkeit der im Anzeigenteil gebrachten Mitteilungen und für die rituell einwandfreie Beschaffenheit der dort angezeigten Waren. Die Prüfung derartiger Angebote ist lediglich Sache unserer Leser!

Jüdische Nachrichten.

Juden im neuen Reichstag.

Dem neuen Reichstag wird nur noch ein Abgeordneter angehören, der sich offen zum Judentum bekennt, der sozialdemokratische Abgeordnete Hugo Heimann, Ehrenbürger von Berlin. Hugo Heimann steht seit dem Jahre 1900 im öffentlichen Leben und wurde im gleichen Jahre Stadtverordneter in Groß-Berlin. Dem Reichstag gehört Heimann seit der Revolution an und hat dort das schwere Amt des Haushaltungsausschußvorsitzenden inne. Neben Hugo Heimann, der Jude ist, gehören dem Reichstag noch eine Reihe Abgeordneter jüdischer Abstammung an, die mit dem Judentum gebrochen haben und sich als religionslos bezeichnen. Zu ihnen zählt man u. a. die Abgeordneten Löwenstein, Frau Sender, Hertz, Hilferding, Aufhäuser, Dr. Löwenstein, Heilmann, sämtliche von der SPD., und den Abgeordneten Dr. Gustav Stolper von der Staatspartei. Nicht wieder gewählt wurde leider der Abgeordnete Dr. Moses von der SPD.

Richard Willstätter 60 Jahre.

Berlin. (JTA.) Am 13. August vollendet der hervorragende Chemiker Geheimrat Professor Richard Willstätter sein 60. Lebensjahr. Willstätter hat im Jahre 1913 durch die Aufklärung der chemischen Konstitution des Chlorophylls eine epochemachende wissenschaftliche Leistung vollbracht, die nicht nur für die chemische, sondern auch für die biologische Wissenschaft von weittragendster Bedeutung war. Für seine Studien über die Pflanzen-Farben, die zu den bedeutendsten Arbeiten der modernen Chemie gehören, wurde Willstätter im Jahre 1915 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. In den letzten Jahren hat er grundlegende Untersuchungen über die bei Gärung und Fäulnis katalysatorische Wirkung ausübenden Enzyme angestellt.

Professor Willstätter, der 1872 in Karlsruhe geboren wurde, habilitierte sich 1896 als Privatdozent in München, wurde später Vorstand der organischen Abteilung am chemischen Universitäts-Laboratorium und ging 1905 als Ordinarius an die Technische Hochschule nach Zürich. 1912 wurde er Professor an der Universität Berlin und Direktor des chemischen Instituts der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Dahlem. 1915 wurde Willstätter als Nachfolger seines Lehrers Adolf von Bayer und mittelbarer Nachfolger Liebigs auf das Ordinariat der Münchener Universität berufen, legte aber 1925 die Professur wegen der antisemitischen Haltung der Philosophischen Fakultät nieder, obwohl Universität und Behörden sich die größte Mühe gaben, ihn zum Bleiben zu überreden. Der Rektor der Münchener Universität Dr. v. Kraus, richtete damals, zugleich im Namen des Senats, an ihn ein Schreiben, in dem es heißt: „Seit Sie als würdigster Nachfolger Ihres großen Lehrers auf Grund einstimmigen Vorschlags hierher berufen wurden, haben wir uns Ihres Besitzes erfreut, als eines Forschers von Weltruf, eines begeisternden Lehrers und des zielbewußten Leiters eines unserer bedeutendsten Institute. Als die größte Hochschule des Reiches Sie für sich zu gewinnen suchte, waren Unterrichtsverwaltung, Lehrkörper und Studentenschaft einmütig in dem Bestreben, unserer Universität diesen kostbaren Besitz zu wahren. Daß es gelang, erfüllte uns mit der Hoffnung, Sie nunmehr dauernd zu erhalten. Wir sahen mit innerer Freude und Bewegung, wie Sie Ihre geniale Begabung und Ihre eiserne Willenskraft dem großen Ziele widmeten, Ihrem Vaterlande zu dienen, indem Sie unserem Heer chemische Schutzwaffen schufen und unserer Heimat neue Lebensquellen erschlossen und durch Ihre Leistungen dem Ausland Achtung vor Deutschland und seiner Wissenschaft abzwangen."

Professor Willstätter, der Inhaber des Ordens Pour le Mérite, Ordentliches Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Ehrendoktor der Universität Oxford und Inhaber zahlreicher Auszeichnungen wissenschaftlicher Gesellschaften der ganzen Welt ist, betätigt sich auch aktiv im jüdischen Leben. Er gehört der jüdisch-liberalen Richtung an und hat 1930 auf der Weltkonferenz des liberalen Judentums einen Vortrag über den religiösen Liberalismus und die Wissenschaft gehalten.

Prof. Dr. Moritz Sobernheim 60 Jahre.

Berlin. (JTA.) Am 13. August 1932 vollendet Herr Legationsrat Prof. Dr. Moritz Sobernheim sein 60. Lebensjahr. Damit vollendet sich eine Etappe in einem dem Judentum und der Wissenschaft geweihten Leben. Prof. Dr. Sobernheim, der am 13. August 1872 in Berlin geboren ist, ist über Deutschland hinaus als Orientalist bekannt. Er ist Schriftführer der Vorderasiatisch-Aegyptischen Gesellschaft. Vor allem wandte er sich der semitischen Epigraphik zu, bereiste u. a. als Mitglied der Baalbek-Expedition der preußischen Regierung und im Auftrage des Institut Francais d'archèologie orientale mehrfach Syrien und Palästina und veröffentlichte im Anschluß daran seine als grundlegend bekannten Arbeiten. Seit dem Jahre 1918 wirkt Prof. Sobernheim im Auswärtigen Amt als Legationsrat und Referent für jüdisch-politische Angelegenheiten. Er ist eine zentrale Persönlichkeit im jüdischen Leben Deutschlands und setzt damit die Tradition seiner Familie fort. Prof. Sobernheim ist seit 1924 Präsident des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes, der 1872 konstituiert wurde. Als Präsident der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums hat sich Prof. Sobernheim große Verdienste um die Wissenschaft des Judentums und um die jüdisch-wissenschaftliche Publikation erworben. Professor Sobernheim ist Vorstandsmitglied des Kolonisationsvereins Esra und Präsidiumsmitglied des Deutschen Komitees Pro-Palästina. Er ist auch Mitbegründer und Vorsitzender der Religiösen Mittelpartei für Frieden und Freiheit in der Gemeinde, die durch ihre Vertreter in der Berliner jüdischen Gemeinde und in anderen Großgemeinden, sowie im Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden einen zwischen den extremen Parteien vermittelnden Standpunkt einnimmt. Prof. Sobernheim studierte zunächst an der Universität Berlin orientalische Sprachen unter besonderer Bevorzugung des Arabischen. Er brachte seine Studien an der Universität Bonn zum Abschluß. In der Folgezeit wandte er sich vorzugsweise der Epigraphik und der mittelalterlichen Geschichte der islamischen Reiche zu. Zu wiederholten Malen unternahm er Studienreisen nach dem Orient.

Die Schweiz kennt keinen Antisemitismus.

Zürich. (JTA.) Im Rahmen einer Veranstaltung der Deutschen Handelskammer in Zürich sprach der Nationalsozialist Dr. Reupke über „Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm". Dr. Reupke hielt sich im allgemeinen frei von antisemitischen Ausfällen und griff nur hier und da die Ostjuden an. Nach ihm sprach Kantonsrat Dr. P. Gygax, erster Vizepräsident des Großen Stadtrats von Zürich und Handelsredakteur der „Neuen Züricher Zeitung", der dem nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm jeden wissenschaftlichen Wert absprach, den Antisemitismus der Nationalsozialisten brandmarkte und erklärte: „Die Schweiz hat den Antisemitismus nie gekannt und wird ihn nie kennen."

Ein Siegfried Marcus-Denkmal in Wien.

Wien. (JTA.) Dem jüdischen Erfinder des ersten brauchbaren Benzinautomobils, Siegfried Marcus, soll demnächst in Wien ein Denkmal errichtet werden. Die Gemeinde Wien hat beschlossen, das Denkmal auf dem Karlsplatz, einem der größten und schönsten Plätze Wiens, aufzustellen und die Fundierung auf ihre Kosten vornehmen zu lassen. Siegfried Marcus, der 1831 in Malchin (Mecklenburg) geboren war, arbeitete von 1848 bis 1852 als Gehilfe Werner von Siemens', von 1860 an in seiner eigenen Mechanikerwerkstatt in Wien, wo er 1864 das erste mit Benzinmotoren betriebene Fahrzeug erbaute. Sein zweiter, im Jahre 1875 erbauter Kraftwagen, der 1882 in Deutschland zum Patent angemeldet wurde, ist heute noch im Technischen Museum in Wien zu sehen. Die Akademie der Wissenschaften in Wien zeichnete Marcus für eine Reihe von Erfindungen, Thermosäule, Telegraphenrelais, elektrischer Zünder für Untersee-Minen, neue galvanische Elemente u. a. m., mit der Großen Goldenen Medaille aus. Die Einführung des Automobils in die Praxis blieb anderen vorbehalten.

Eine Baron Hirsch-Kolonie in Palästina.

Jerusalem. (JTA.) Aus Anlaß des 100. Geburtstages des großen jüdischen Philanthropen Baron Maurice de Hirsch wird gegenwärtig in Palästina auf Keren Kajemeth-Boden eine Baron Hirsch-Kolonie errichtet.

Wissen Sie schon?

Die 16. Synode der badischen Israeliten bewilligte den Ausgabenetat für 1932/34 mit 481 000 Mark, wovon 448 500 Mark durch Steuern aufzubringen sind.

Während eines Sportwettspiels in Krems verübten Antisemiten auf die jüdischen Teilnehmer einen Ueberfall als Racheakt für ihren Mißerfolg im Wiener Stadion.

Infolge der Wirtschaftskatastrophe herrscht eine Selbstmord-Epidemie unter den Juden von Saloniki.

In Manila, der Hauptstadt der Philippinen, werden heute über 400 jüdische Familien gezählt.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten richtet an die gesamte jüdische Jugend den dringenden Appell, im neuorganisierten „Freiwilligen Arbeitsdienst" kräftig mitzutun.

Im Zusammenhang mit Verfolgungen sind 500 persische Juden nach Konstantinopel geflüchtet; die in der Türkei lebenden Auslandsjuden bemühen sich, Auswanderungs-Zertifikate für Palästina zu erhalten.

Unter den palästinensisch-jüdischen Arbeitern kamen 1926 auf 3603 ledige Mädchen 12 474 ledige Männer, so daß die Mädchen drüben Chancen haben, nicht lange ledig zu bleiben.

Bei den Parlamentswahlen in Rumänien entfielen auf die Listen der Jüdischen Reichspartei 65 322 gültige Stimmen mit fünf Abgeordneten.

Bei den Wahlen zur Jüdischen Gemeinde in Rom wurde der bisherige Regierungskommissar der Gemeinde, Advokat Pio Tagliacozzo, zum Vorsteher gewählt.

Die litauische Regierung hat zum Neubau der Slobodkaer Jeschiwa ein größeres Baugelände an den litauischen Rabbinerverband geschenkt.

In Budapest zeichnete Reichsverweser Horthy den früheren Regimentsarzt Dr. Andor Kun mit dem Signum laudis aus.

Die Bezalel-Kunstschule in Jerusalem soll im September wieder eröffnet werden.

JÜDISCHES
GEMEINDEBLATT
MITTEILUNGSBLATT DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE
AMTLICHES ORGAN DER GEMEINDEVERWALTUNG BREMEN
Das Jüdische Gemeindeblatt wird den Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde Bremen unentgeltlich zugestellt
Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet
Verlagsort Kassel
Verantwortlich für den lokalen Teil: M. Markreich

Nr. 12 | Bremen, den 18. August 1932 | 4. Jahrgang

Die Judenfeindschaft in der Wirtschaftsentwicklung.

Angesichts der politischen Gefährdung der jüdischen Gemeinschaft durch das übermächtige Wachstum der radikalantisemitischen Parteien in Deutschland vergißt man leicht den Hauptfeind der Juden, der in Deutschland ebenso wirksam ist wie in den Vereinigten Staaten, nämlich die Wirtschaftsentwicklung, die allerdings durch die bewußte antisemitische Haltung in Deutschland für die jüdische Gemeinschaft noch verschärft wird.

Die Problematik des heutigen Spätkapitalismus ist von der des Hochkapitalismus grundverschieden; wir haben es nicht mehr mit dem Antisemitismus eines aufsteigenden Bürgertums zu tun, der sich verflüchtigte, sobald der Aufstieg gesichert war, sondern mit dem eines im Niedergang befindlichen Bürgertums. Die technische Entfaltung hat eine Stufe erreicht, wo auch eine großartige Erweiterung der Wirtschaft sich bei gleichzeitiger Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten vollzieht. Wir sahen im letzten Jahrzehnt in Deutschland und in Amerika erstmalig die Erscheinung, daß die Zahl der in der Industrie beschäftigten Personen selbst während der Hochkonjunktur absolut abnahm. Der einzige Wirtschaftszweig, der eine Zunahme aufwies, war der Handel, insbesondere der Kleinhandel, in Amerika auch das Gastwirtsgewerbe und ähnliche. Daß es sich dabei um eine durchaus ungesunde Entwicklung handelt, liegt auf der Hand Nicht weil der Handel so große Möglichkeiten bot, strömten ihm die Menschen zu, sondern weil andere Möglichkeiten für sie überhaupt nicht vorhanden waren. Schon während der Konjunktur war der Handel in Deutschland überfüllt, in der Krise erweist sich vollends seine Ueberdimensionierung. Die Luft wird immer stickiger und es ist nur natürlich, daß nun jeder einzelne und ebenso das Kollektiv versucht, sich in dem eng gewordenen Raum seinen Platz zu erobern. Darum verschärfter Kampf, verschärfter Antisemitismus. Hätte die aufsteigende Entwicklung des Hochkapitalismus lange genug gedauert, damit sich die Assimilation der deutschen Juden vollende, so gäbe es hier heute allerdings keine ökonomische Judenfrage. Aber der Assimilationsprozeß ging nicht so schnell vor sich, gerade die Konzentration der Juden in den Großstädten verzögerte ihn und heute sind ihm bereits Schranken gesetzt.

Die Juden existieren auch in Deutschland noch als eigene ethnische Gruppe, und als solche sind sie in dem Kampf um die wirtschaftliche Existenz den Angriffen der größeren ethnischen Gruppe, des Wirtsvolkes, ausgesetzt. Was für den Handel gilt, gilt in noch höherem Maße für die freien Berufe, in denen das Intellektuellenproletariat rapid zunimmt. Das erklärt auch, warum gerade die Hochschulen die Brutstätten des rabiatesten Antisemitismus sind.

Die gleiche ökonomische Entwicklung vollzieht sich auch in Amerika, nur wurde sie dort erst in der Krise sichtbar, da in einer in der Geschichte einzigartigen Prosperitätsperiode, wie sie Amerika von 1921 bis 1929 erlebte, auch ein überdimensionierter Handel Erwerbsmöglichkeiten bot. Das Schicksal der amerikanischen Juden ist sogar besonders tragisch, denn in den Vereinigten Staaten hatte früher das Judentum noch verhältnismäßig die gesündeste Berufsstruktur. Ein großer Teil der jüdischen Einwanderer waren Arbeiter, die auch in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung eine namhafte Rolle spielten und zum Teil noch spielen. Seit dem Weltkrieg vollzog sich nun in den Reihen der amerikanischen Juden ein rascher Entproletarisierungsprozeß, an Stelle des jüdischen Schneiders, Mützenmachers, Kürschners tritt immer mehr der jüdische Bankbeamte, Versicherungsagent, Zahntechniker u. dergl. Diese Entwicklung wurde — abgesehen von den jüdischen Sozialisten — meist als Ausdruck eines ungewöhnlichen sozialen Aufstieges gewertet. Nun zeigt sich, daß es ein Aufstieg von sehr zweifelhaftem Wert, ein Aufstieg in die Sphäre gesteigerter sozialer Unsicherheit ist. Die Bankenzusammenbrüche, die Krise des Handels-, des Luxus- und Vergnügungsgewerbes, dem sich Juden in besonders hoher Zahl zuwandten, trifft sie besonders schwer.

Hat die geschilderte Entwicklungstendenz eine Verschärfung der Judennot dadurch zur Folge, daß sich die Konkurrenz in den „jüdischen" Berufszweigen verschärft, so wirkt noch eine andere Entwicklung besonders in Deutschland in der gleichen Richtung. Der Privatkapitalismus hat sich während der Krise zur Ausübung gewisser wirtschaftlicher Funktionen unfähig erwiesen und der Staat mußte für ihn einspringen. Zusammengebrochene Großbanken mußten vom Staat gestützt oder übernommen werden, das gleiche trifft für große Industriegebiete zu. Es genügt, in diesem Zusammenhang die Namen Dresdner Bank und Gelsenkirchen zu nennen. Die Entwicklung ging so weit, daß man heute vielfach bereits von einem „Staatskapitalismus" spricht. Aber jener Staatskapitalismus schränkt zwar die Unternehmerfreiheit ein, beseitigt sie auch in manchen Zweigen und unterscheidet sich eben dadurch vom Privatkapitalismus, er ist aber keinesfalls Sozialismus. Er beseitigt weder die Arbeitslosigkeit noch den Kampf um den Arbeitsplatz. Was ist da natürlicher, als daß die Angehörigen des „Staatsvolkes" sich bemühen, die Arbeitspläze in den vom Staat beherrschten Wirtschaftszweige für sich zu monopolisieren und die Volksfremden von ihnen auszuschließen? Wir sehen also, daß die Judenschranke, die bisher in der Hoheitsverwaltung bestand, nunmehr auch in einem großen Teil der Wirtschaft errichtet wird.

Nun könnte mancher einwenden, daß diese pessimistischen Betrachtungen eine Generalisierung der augenblicklichen Krisenerscheinungen sind. Das ist aber nicht der Fall. Es ist ja im Gegenteil so, daß die akute Krise, vor allem die Arbeitslosigkeit, in Westeuropa die Nichtjuden härter trifft als die Juden, weil erstere in höherem Grade lohnerhaltende Schichten umfassen. Aber das ist nicht die Frage, die wir uns gestellt haben. Wir haben vielmehr versucht, die allgemeinen Entwicklungstendenzen der Wirtschaft festzustellen und sind zu dem Ergebnis gelangt, daß die Strukturveränderungen für die Juden ungünstig sind. Gewiß kann eine Behebung der Wirtschaftskrise auch die akute Judennot mildern, aber diese wird auch dann wesentlich schwerer sein, als sie noch vor wenigen Jahren war. Wesentlich ist aber vor allem — und das ist das Spürbare, das eben jetzt im Vordergrund steht —, daß die ökonomische Judenfrage zwangsläufig auch die politische und moralische Judenfrage verschärft.

Drei Fragen.

Der Neuyorker Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur hatte sich an die Leitungen einiger politischer Parteien Deutschlands mit dem Ersuchen gewandt, ihre Stellungnahme zu den antisemitischen Forderungen der Nationalsozialisten und zur Judenfrage in Deutschland durch Beantwortung einiger konkreter Fragen zu präzisieren.

Die den Parteien vorgelegten Fragen lauteten: Wie stellt sich Ihre Partei zu der von der NSDAP. betriebenen antisemitischen Propaganda und der Forderung nach: a) Stellung der deutschen Juden unter Fremdenrecht, b) Beschlagnahme des Vermögens der in Deutschland eingewanderten Auslandsjuden? — 2. Was wird die Stellung Ihrer Partei sein, wenn eine nationalsozialistische Regierung im Reich oder in den Ländern daran gehen sollte, die oben bezeichneten Programmpunkte in die Wirklichkeit umzusetzen? — 3. Wie ist im allgemeinen die Stellung Ihrer Partei zu jüdischen Fragen in Deutschland?

Auf diese Fragen antwortete die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

„Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zur Rassenfrage und besonders zu der Gleichberechtigung der Juden als Staatsbürger dürfte in aller Welt und in aller Oeffentlichkeit bekannt sein. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht im geringsten auch nur die Ansichten der Nationalsozialistischen Partei in dieser Frage teilen. Ihre Frage, was die Partei zu tun gedenkt, wenn eine nationalsozialistische Regierung im Reiche daran gehen sollte, ihre Programmpunkte gegen die Juden in Wirklichkeit umzusetzen, ist wohl nicht zu beantworten; was wir in einem solchen Falle tun werden, läßt sich im voraus nicht bestimmen."

Die Antwort des **Zentrums** lautete:

„Seit seinem Bestehen, also seit über 60 Jahren, hat das Zentrum stets die Gleichberechtigung der Staatsangehörigen jüdischen Glaubens anerkannt und ist für deren Gleichstellung mit den übrigen Staatsangehörigen eingetreten. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert und wird sich nichts ändern. Wenn man in Deutschland innerhalb gewisser politischer Lager den hemmungslosen Haß gegen das Judentum predigt, Gewalttaten und Schmähungen duldet und mit weiteren Gewalttaten für die Zukunft droht, so widerspricht eine solche Einstellung und Haltung aufs schärfste unserer Weltanschauung. Das Gebot der Nächstenliebe erfaßt alle in gleicher Weise und kennt keine Ausnahmen. Das Gefühl des Hasses gegen Angehörige einer anderen Rasse oder einer anderen Religion hat im Christentum keinen Platz. Auf Grund dieser aus unserer christlichen Weltanschauung erwachsenen Gesinnung treten wir den Beschimpfungen der deutschen Juden, der Verleumdung ihrer Religion und den Angriffen auf ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung entgegen. Wir erkennen an, daß Angehörige des deutschen Judentums, insbesondere gläubige Juden, in Wissenschaft und Wirtschaft, wie auch sonst im öffentlichen Leben, Hervorragendes geleistet haben."

Die Leitung der **Deutschen Staatspartei** schrieb:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 19. Juli beantworten wir Ihre Fragen wie folgt: 1. Die Deutsche Staatspartei wendet sich gemäß ihres Programms aufs schärfste gegen die antisemitische Propaganda der NSDAP. Sie sieht in dieser Propaganda eine Schädigung Deutschlands als Kulturnation und eine schwere Gefährdung des inneren Friedens. Sie bekämpft a) die Forderung, die deutschen Juden unter Fremdenrecht zu stellen, als fundamentale Verletzung der verfassungsmäßig verbürgten staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, und sie sieht b) in dem Rufe nach Beschlagnahme des Vermögens der in Deutschland eingewanderten Auslandsjuden eine rein bolschewistische Forderung. 2. Die Deutsche Staatspartei wird demgemäß die oben bezeichneten Programmpunkte unter jeder Regierung aufs schärfste bekämpfen. 3. Die Deutsche Staatspartei steht programmatisch auf dem Standpunkt voller bürgerlicher Rechtsgleichheit. Eine Judenfrage existiert daher für sie nicht. Der deutsche Jude ist für uns ein Deutscher wie jeder andere mit den gleichen Rechten und Pflichten. Ebenso ist der ausländische Jude, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, nach unserer Auffassung rechtlich wie jeder andere Angehörige eines anderen Staates zu behandeln."

Die **Deutsche Volkspartei** antwortete:

„Auf das Schreiben vom 19. Juli teilen wir Ihnen mit, daß die Deutsche Volkspartei keinerlei antisemitische Ziele verfolgt, infolgedessen auch die Stellung der deutschen Juden unter ein Ausnahmerecht ablehnt. Hypothetische Erklärungen für bestimmte Fälle abzugeben, verbietet sich im politischen Leben grundsätzlich. Aus der grundsätzlichen Einstellung der Deutschen Volkspartei kann aber über unser Verhalten ein Zweifel nicht bestehen."

Massenkundgebung des C.-V. in Berlin.

Die am 28. Juli vom Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens nach dem Logenhaus zu Berlin einberufene Protestversammlung gegen die antisemitische Hetze der Nationalsozialisten gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung. Der große Saale des Logenhauses konnte die vielen Tausende, die zu der Versammlung erschienen waren, um zu bekunden, daß sie ungeachtet aller judenfeindlichen Drohungen entschlossen sind, von ihren erworbenen Rechten als deutsche Staatsbürger auch nicht das mindeste aufzugeben, nicht fassen. Es mußten zwei Parallelversammlungen im Roten und im Weißen Saale des Logenhauses abgehalten werden.

Die Hauptversammlung im großen Festsaale wurde vom ersten Vorsitzenden des Central-Vereins, Justizrat Dr. Julius Brodnitz, geleitet.

Während der Ansprache Dr. Brodnitz' wurde Polizeivizepräsident Dr. Bernhard Weiß durch Syndikus Dr. Reichmann in den Saal geleitet. Die Versammlung brachte dem Polizeivizepräsidenten spontan eine stürmische Ovation dar. Justizrat Dr. Brodnitz begrüßte ihn als einen Mann, der in schwersten Zeiten kein Hehl daraus gemacht habe, daß er zu uns gehöre.

Nach den Ansprachen von Rabbiner Dr. Leo Baeck, Polizeivizepräsidenten Dr. Bernhard Weiß und R.-A. Dr. Bruno Weil wurde durch Zuruf folgende Entschließung angenommen:

„Wir in der Kundgebung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e. V. vom 28. Juli versammelten deutschen Juden erheben flammenden Protest gegen die Schmähungen, Drohungen und Gewalttätigkeiten, die von judenfeindlicher Seite Tag für Tag gegen uns verübt werden.

Wir sind zu stolz, als daß wir unsere Verdienste um unsere deutsche Volksgemeinschaft wieder und wieder hervorheben. Wir wissen auch, daß Tausende unserer Volksgenossen unseren Appell nicht hören wollen, weil sie durch antisemitische Demagogie fanatisiert worden sind. Denn seit Jahren und in diesem Wahlkampf verstärkt, dient die antisemitische Propaganda als Kampfmittel für politische Zwecke.

An alle Volksgenossen aber, die noch hören wollen, ergeht unser Ruf: Die judenfeindliche hemmungslose Agitation, als deren Folgen 125 Friedhofsschändungen, 49 Synagogenbesudelungen, Terrorakte und Bluttaten gegen deutsche Juden festzustellen sind, gefährdet das Ansehen unseres Vaterlandes als Kulturnation. Der Name Deutschlands, mit dem die Begriffe Recht und Humanität bisher untrennlich verbunden waren, wird durch jenes schändliche Treiben befleckt. Im Auslande kämpfen Hunderttausende von Deutschen um ihr Recht und ihre Anerkennung. Ihnen leisten jene Kreise einen schlechten Dienst, die gegen die eigenen jüdischen Volksgenossen Intoleranz predigen und Entrechtungspläne schmieden.

Wir deutschen Juden, die wir nicht besser und nicht schlechter sind als irgend eine andere Gruppe in der deutschen Volkseinheit, erwarten von unseren gerecht denkenden Mitbürgern, daß sie den unwürdigen Entrechtungsversuchen gegen eine religiöse Minderheit Einhalt gebieten. Lange genug wüten Haß und Zwiespalt in unserem deutschen Vaterlande. Wer nicht hilft, sie zu beseitigen, macht sich mitschuldig an ihren Opfern."

Zu dem Anschlag auf den Königsberger Syndikus des C.-V.

Zu den Ausschreitungen in Königsberg in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August teilt die Pressestelle des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens das Folgende mit:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich, wie auch der Königsberger Polizeibericht meldet, um einen planmäßigen politischen Anschlag gegen den Syndikus des Landesverbandes Ostpreußen des Central-Vereins, Kurt **Sabatzky**, gehandelt hat. Drei unbekannte Männer versuchten zuerst das Schloß der Wohnungstür zu erbrechen. Als ihnen dies nicht gelang, traten sie die Füllung der Wohnungstür ein. Sie stürzten in alle Zimmer und durchwühlten sogar die Betten, um ihren Racheakt zu vollführen. Dem Central-Verein war bekannt, daß gegen Sabatzky wiederholt ernst zu nehmende Drohungen von nationalsozialistischer Seite ausgesprochen worden sind. So hatte der Reichstagsabgeordnete Erich Koch der NSDAP. schon vor längerer Zeit erklärt: „Wenn ich den Misthund Sabatzky erwische, schlage ich ihm mit der Reitpeitsche ins Gesicht." Bei zahlreichen Prozessen, die Sabatzky als Syndikus des Central-Vereins zu führen gezwungen war, ist er von Königsberger Nationalsozialisten bedroht und beschimpft worden. Wiederholt haben Presseangriffe schwerster Art die Aufmerksamkeit der Königsberger Nationalsozialisten auf Sabatzky gelenkt. In großen Schlagzeilen hat man den Namen Sabatzky der nationalsozialistischen Oeffentlichkeit preisgegeben.

Der Centralverein hat sofort seinen stellvertretenden Syndikus, Dr. Alfred Hirschberg, nach Königsberg zur Unterstützung unserer dortigen Freunde und der jüdischen Bevölkerung entsandt, besonders deshalb, weil die Gefahr bestand, daß sich die Ausschreitungen auf jüdische Geschäfte erstrecken. Im Laufe des Montag wurden dann auch in drei großen jüdischen Läden die Fensterscheiben eingeschossen. Der Central-Verein hat weiterhin die nötigen Schritte bei den Staatsbehörden unternommen, weil der Fall Sabatzky symptomatisch für die Linie nationalsozialistischer Terroristen ist.

Jüdische Not in Oldenburg und Ostfriesland.

Der Provinzialverband israelitischer Frauenvereine Hannovers und angrenzender Gebiete veröffentlicht in Nummer 7 der Blätter des Jüdischen Frauenbundes einen Bericht von Frau Hete Jacobson-Hannover über eine Reise durch Oldenburg und Ostfriesland und die damit verbundenen Bezirks-Veranstaltungen.



Die Synagoge in Kiel

wurde als 49. Schändung jüdischer Gotteshäuser am 3. August durch einen Bombenwurf beschädigt. Der Sprengstoff war in ein kleines Fenster der Synagoge gelegt worden und hatte bei der Explosion einen großen Trichter in die Wand gerissen. Im Innern des Gebäudes sind die Heizung und der Flur schwer beschädigt. Der Synagogenraum selbst ist nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Unbekannte haben nach dem Anschlag an die Wand der Synagoge die Worte geschrieben: „So sorgt Hitler für Arbeit und Brot." Wie die Polizei mitteilt, wurden bisher vier der Täterschaft verdächtige Personen festgenommen. Während drei von ihnen nach erfolgter Vernehmung wieder entlassen werden konnten, ist gegen die vierte Person richterlicher Haftbefehl erlassen worden. In der Wohnung dieses Angeschuldigten wurde eine mit Sprengstoff gefüllte Stielhandgranate und eine Pistole mit 10 scharfen Patronen gefunden.

Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden hat an den Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Kiel am 8. August 1932 folgendes Schreiben gerichtet:

„Wir haben voller Entrüstung vernommen, daß freche Bubenhand es gewagt hat, Hand an das ehrwürdige Gotteshaus der Gemeinde Kiel zu legen. Wir trauern mit der Gemeinde und sind entsetzt über die ihr angetane Schmach und die frevelhafte Schändung der geweihten Stätte. Die ruchlose Tat zeugt von einer kaum zu überbietenden Verrohung, die durch eine gewissenlose Hetze hervorgerufen ist.

Wir erwarten bestimmt, daß es den dazu berufenen Behörden gelingen wird, in Zukunft derartige Ausbrüche eines unmenschlichen Hasses zu unterdrücken. Wir haben auch die feste Zuversicht, daß es unserem Vaterlande beschieden sein werde, diese Zeiten der inneren Zerreißung zu überwinden und daß unser Volk dank der in ihm ruhenden gesunden Kräfte wieder den Weg zu ruhigem Aufbau und damit zu neuem Aufstieg des Deutschen Reiches finden werde.

In vorzüglicher Hochachtung, Preußischer Landesverband jüdischer Gemeinden, gez. Kammergerichtsrat Leo Wolff."

Im Frühjahr 1932 fanden Besprechungen mit Delegierten der israelitischen Frauenvereine aus Oldenburg, Varel, Jever und Cloppenburg statt. „Die Not ist unter den Juden Oldenburgs groß, der Antisemitismus in Stadt und Land ungeheuer und in seiner Auswirkung auf die Geschäftslage katastrophal." Die Besprechung mit den Vorsteherinnen der ostfriesischen Frauenvereine war am 2. März in Emden, wo Delegierte aus Aurich, Esens, Norden, Leer und Wilhelmshaven erschienen waren. „Es wurde über das rege jüdische Leben an allen diesen und vielen kleineren Plätzen berichtet. Ueberall, besonders aber in Emden, bestehen von altersher zahlreiche Vereine mit den verschiedensten Aufgaben, die sich aber fast alle in dem Streben treffen, die Not zu lindern. Und sehr groß ist in Ostfriesland die Not unter den Juden. Weidewirtschaft und Viehhandel, früher eine Quelle gesicherten Wohlstands, sind ruiniert; die Landwirtschaft liegt danieder, und die jüdischen Kaufleute haben neben dem Schwinden der Kaufkraft auch den Antisemitismus zu spüren. Aber auch hier zeugen die Berichte von dem starken Willen, zu helfen: Pfundsammlung, Speisung, Krankenpflege, Kohlenversorgung usw. Die vielen Vereine haben sich in einer sogenannten Arbeitsgemeinschaft für Wohlfahrtspflege zentralisiert, jedoch nur mit den Lichtseiten einer Zentrale. Die letzte Hand, die gebende Hand, sind die Frauenvereine; im Altersheim und im Waisenhaus, überall ist der Einfluß der Frauen segensreich zu spüren."

„Der 3. März brachte mich dann nach Weener. Eine alte, einst reiche große Gemeinde ist klein geworden und kämpft schwer. Auch hier die Schwierigkeiten der Zeit, gesteigert durch den Antisemitismus. Alte Familien mit reicher Tradition, tüchtiger Handwerkerstand — seit Generationen im gleichen Fach tätig — sogar eine Bäcker- und Konditor-Meisterin — stehen heute im Kampf gegen die Nöte der Zeit und das Uebelwollen einer verhetzten Umwelt. Frauen aus Weener, Bunde, Papenburg und aus Holland hörten vom Jüdischen Frauenbund und sprachen von ihrer Arbeit. . .

Bei allen erfreulichen Eindrücken auf dieser Reise ist mir so stark wie selten zum Bewußtsein gekommen, wie traurig es für die Jugend ist, bei allem Arbeitswillen und Können nicht in den Kreis der Schaffenden eingereiht zu sein. Frauen und Mädchen suchen Arbeit. . . . Alles besetzt.

Das, was ich in Oldenburg und Ostfriesland erlebt und gesehen habe, bestärkt mich in der Propagierung dieser kleinen Distriktsbesprechungen. Sie erfassen zahlreiche Frauen eines Bezirks, welche niemals zu einer großen Tagung kommen würden und die, wenn sie vom Jüdischen Frauenbund wissen, ihn schätzen und ihm dann erst richtig angehören.

25 Jahre Koscherküchen auf Lloyddampfern.

Zur Erinnerung an die Wiederkehr des Tages, an dem vor 25 Jahren zum ersten Male Koscherküchen auf einigen Ueberseedampfern des Norddeutschen Lloyd durch den damaligen Rabbiner Dr. Rosenak, Bremen, eingerichtet worden sind, hat die Direktion des Norddeutschen Lloyd folgendes Schreiben an Frau Dr. Rosenak gerichtet:

In diesem Jahre ist ein Vierteljahrhundert vergangen seit der Einrichtung der koscheren Küchen auf Lloyddampfern. Nachdem vorher die Ritualverpflegung mehr behelfsmäßig durchgeführt worden war, wurden im Jahre 1907 zum ersten Male verschiedene Lloydschiffe mit Ritualköchen besetzt, was einen großen Fortschritt bedeutete in der seitdem immer mehr ausgebauten Spezialverköstigung der strenggläubigen Israeliten.

Rückblickend auf diese 25 Jahre und die vorhergehenden Zeiten der Zusammenarbeit mit dem Bremer Rabbinat in der Betreuung der jüdischen Reisenden des Norddeutschen Lloyd leben besonders die Erinnerungen auf an Ihren leider zu früh verstorbenen Gatten, der sich unermüdlich für Verbesserungen der Lebensbedingungen unserer jüdischen Reisenden eingesetzt hat. Es ist uns ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen, sehr verehrte gnädige Frau, zu sagen, wie sehr wir den Verblichenen wegen seiner hervorragenden persönlichen Vorzüge geschätzt haben. Immer mehr bildete sich ein Vertrauensverhältnis heraus zwischen Herrn Rabbiner Dr. Rosenak s. A. und den für die Betreuung der jüdischen Reisenden zuständigen Stellen des Norddeutschen Lloyd. Mitten aus seiner Lebensarbeit heraus ist er leider viel zu früh auf einem unserer Schiffe vom Tode ereilt worden, auf der Heimreise von Amerika, wo er zum Wohle der jüdischen Passagiere tätig war.

Rückschauend auf die Jahre, die Sie, verehrte gnädige Frau, gemeinsam mit diesem edlen Menschen verlebt haben, muß es Ihnen eine stolze Genugtuung sein, die Früchte seiner Lebensarbeit und die Spuren seines erfolgreichen Wirkens auch heute noch überall dort zu finden, wo der Verblichene in uneigennütziger Weise seine unermüdliche Arbeitskraft zum Wohle von Tausenden seiner Glaubensgenossen eingesetzt hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Norddeutscher Lloyd. gez. Unterschriften.

Ein jüdischer Richter zum Reichsgerichtsrat ernannt.

Berlin. (JTA.) Der Kammergerichtsrat Dr. Daniel Cohn, ein außerordentlich bewährter jüdischer Richter, dem der Ruf eines hervorragenden Juristen vorangeht, und der vor einigen Monaten als Hilfsrichter zum Reichsgericht in Leipzig einberufen worden ist, wurde jetzt etatmäßig zum Reichsgerichtsrat ernannt.

Aus der Israelitischen Gemeinde Bremen

Beiträge für den lokalen Teil sind „an die Schriftleitung des Jüdischen Gemeindeblatts, Bremen, Gartenstraße 7", zu senden.

Gebetzeiten der Israelitischen Gemeinde Bremen.

Synagoge Gartenstraße 6.

Wochentags
morgens .... 7 Uhr
abends ....19 Uhr

Mittwoch, den 17. August:
Chamischah=assar (15. Aw) **b'Aw**

Neumondstage Ellul: Donnerstag, den 1. und Freitag, den 2. September.

Sabbat
Freitag abend bis 19.8. . .19^{30} Uhr
26.8. . .19^{5} Uhr
2.9. . .19 Uhr
9.9. . .18^{45} Uhr
Sonnabend morgen .... 8 Uhr
Predigt oder
Schrifterklärung .... 9^{30} Uhr
13.8. Mincha 20^{00} Nacht 20^{45} Uhr
20.8 „ 19^{45}, „ 20^{27} Uhr
27.8 „ 19^{30}, „ 20^{12} Uhr
3.9 „ 19^{15} „ 19^{55} Uhr
10.9 „ 19^{00}, „ 19^{37} Uhr

Sabbat 1932 / 5692 — **Thora=Vorlesung**

20. August / 18. Aw — **Ekew** (Deuter 7^{12}—11^{25})
Haftara: Jesajah 49^{14}—51^{3} — Perek 4

27. August / 25. Aw — **R'eh** (Deuter 11^{26}—16^{17}) **Neumondsweihe, Predigt**
Haftara: Jesajah 54^{11}—55^{5} — Perek 5

3. Septemb. / 2. Ellul — **Schoftim** (Deuter 16^{18}—21^{9})
Haftara: Jesaja 51^{12}—52^{12} — Perek 6

10. Septemb. / 9. Ellul — **Ki=Szézé** (Deuter 21^{10}—25^{19})
Haftara Jesajah 54^{1}—^{10} — Perek 1 und 2

Amtliche Bekanntmachungen.

Betr.: Erneuerung von Platzkarten für den Gottesdienst an den Hohen Feiertagen.

In Abänderung des bisherigen Modus fällt von jetzt an die schriftliche Anmeldung von Platzkarten fort.

Die Karten=Ausfertigung wird auf Grund der vorjährigen Liste erneuert, sofern seitens der Mitglieder eine Abbestellung oder Aenderungsanzeige nicht bis zum 10. August eingegangen ist.

Die Platzkarten=Gebühren, deren Tarif nachstehend bekanntgegeben wird, sind die gleichen wie im Vorjahre. Diejenigen Gemeindemitglieder, denen der Beitrag aus wirtschaftlichen Gründen ermäßigt worden ist, genießen an Hand der bekanntgegebenen Staffelung automatisch eine Ermäßigung der Platzkarten=Gebühr. Zum Beispiel beträgt die Gebühr jetzt 5.— Mark per Karte, wenn der vorjährige Monatsbeitrag von 7.50 Mark auf 3.— Mark herabgesetzt wurde, gegenüber einer Platzkarten=Gebühr von 10.— Mark im Vorjahre.

Die Ausgabe der neuen Karten erfolgt ab 1. September 1932.

Platzkarten=Gebühren 1932.

	Monatliche Gemeindesteuer	Gemeinde-Mitglied RM	Ehefrau RM	junge Angestellte RM	Lehrlinge RM	Minderj. nicht mehr schulpflichtige Kinder RM	Schüler der Religionsschule RM
I	bis RM 2.50	3.—	3.—	3.—	2.—	1.—	0.50
II	RM 3.— bis 5.—	5.—	5.—	3.—	2.—	1.—	0.50
III	RM 6.— bis 15.—	10.—	10.—	5.—	3.—	1.—	0.50
IV	RM 20.— bis 25.—	15.—	15.—	5.—	3.—	2.—	0 50
V	RM 30.— bis 50.—	20.—	20.—	5.—	3.—	3.—	0.50
VI	über RM 50.—	25.—	25.—	7.50	5.—	5.	0.50

Bremen, 15. Juli 1932.

Der Vorstand.

Betr.: Gottesdienst an den Hohen Feiertagen 5693.

Der Zutritt zur Synagoge und zum Betsaal in der „Union" ist, wie bisher, nur gegen Lösung einer Platzkarte zulässig.

Minderbemittelten bleibt es anheimgestellt, eine Gebühren=Ermäßigung schriftlich zu beantragen; die sachlich begründeten Anträge sind bis zum 15. August beim Gemeindevorstand einzureichen. Später eintreffende oder ungenügend begründete Gesuche sind zwecklos.

Um den Gemeindemitgliedern eine Erleichterung der Zahlung zu ermöglichen, ist das Gemeindebüro angewiesen, ratenweise Vorauszahlungen auf Platzkarten=Gebühren anzunehmen. Ratenzahlungen können auch durch Ueberweisung auf das Gemeindekonto erfolgen; Ueberweisungen ohne Angabe des Verwendungszweckes werden als Beiträge verbucht. — Die Aushändigung der Platzkarten geschieht nach Entrichtung der vollen Gebühr ab 1. September.

Vorbedingung für die Ausfertigung von Platzkarten ist die Mitgliedschaft zur Gemeinde. Sofern keine Stundungsgenehmigung vorliegt, muß das Steuerkonto geordnet sein.

Eine Kartenausgabe an in Bremen ansässige Nichtmitglieder oder deren Angehörige ist ausgeschlossen.

Bremen, 15. Juli 1932.

Der Vorstand.

Betr.: Friedhof.

Die Einreichung von Anträgen betreffs Errichtung von Grabeinfassungen und Grabsteinen muß mindestens vier Wochen vor demjenigen Termin erfolgen, an dem der Grabstein gesetzt werden soll. Die Bauerlaubnis wird nur erteilt, wenn alle Voraussetzungen erfüllt worden sind.

Bremen, 12. August 1932.

Friedhofskommission.

Familien=Nachrichten.

Geboren: eine Tochter Wolf Lustgarten und Frau Ilse, geb. Berney, Bachstraße 75, am 17. Juli.

Barmizwah: Erwin Leeuwarden, Sohn von Levi Leeuwarden und Frau Käthe, geb. de Vries, Regensburger Straße 109, am 20. August.

70. Geburtstag: Oberkantor Jacob Mehrgut, Herdentors=Steinweg 34, am 9. September, dessen Ehefrau Bertha, geb. Herz am 21. August.

50jähriges Dienstjubiläum: Oberkantor Jacob Mehrgut, Herdentors=Steinweg 34, am 1. September.

Gestorben: David Feilmann, Obern Str. 38, 80 Jahre alt, am 9. August.

Jahrzeit (am Vorabend des angegebenen Tages beginnend).

August: 16. Hugo Levy, Ferd. Meyer.
19. Isidor Schachtel.
24. Jos. Lehmann, Ad. und Simon Horwitz.
25. Carl Neumark.
30. Jos. von Geldern.
September: 1. Siegfr. Rennberg.
4. Dr. J. Rosenak.
10. Alfr. Marcus Cohen, Siegfr. Ries.
12. Bernh. Landesdorf.
18. Emil Cohen.

Wer zu Hause kein Jahrlicht anzündet, hat Gelegenheit, gegen geringes Entgelt die **Gedächtnis=Licht=Einrichtung** in der Synagoge zu benutzen. — Anmeldung beim Gemeindediener. — Wer Jahrzeit hat, pflege den schönen alten Brauch, sich im Gedenken an seine Lieben durch **Spenden an unsere Gemeindevereine** sozial zu betätigen.

Bremer Nachrichten.

Für Schüler der Religionsschule, die wegen weiter Entfernung ihres Elternhauses die Straßenbahn benutzen müssen, und denen infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht genügend Geldmittel zur Verfügung stehen, um die Religionsschule regelmäßig besuchen zu können, werden bei Wiederbeginn des Unterrichts Mitte August Schülerkarten gratis verabfolgt. Persönliche Vorsprache im Gemeindebüro ist erforderlich.

Ueber einen Familienstammbaum, den Frau Ida Meyer geb. Davis (im Jüdischen Altersheim Bremen) als Leihgabe zur Verfügung gestellt hatte, wird in Heft 29 der Mitteilungen der Ge-

sellschaft für jüdische Familienforschung Berlin berichtet: Am 31. Mai 1932 hielten wir im Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde, Rosenstr. 2, eine Versammlung ab, in der zunächst Herr Otto Neumann einen alten „Stammbaum" im Original demonstrierte, den 1847 ein Soester Arzt, Dr. med. M. E. Marcus, mit eigner Hand in der damals üblichen Form eines Baumes kalligraphisch gezeichnet hat. Eigenartig sowohl durch die zeichnerische Kunst, mit der auf diesem als Hochzeitsgeschenk für die Enkelin (Minna Eliasberg) bestimmten Blatt von 56×42 Zentimeter viele Hunderte von Personen mit vollständigen und exakten Daten dargestellt sind, wie auch durch die seltene Tatsache, daß der 79jährige Verfasser imstande war, drei Generationen eigener Nachkommen zu verzeichnen. Neumann demonstrierte neben diesem Originalblatt eine nach modernen genealogischen Grundsätzen ausgeführte Darstellung derselben Personen in einer Descendenztafel, die naturgemäß unendlich viel mehr Raum erfordert, dafür aber auch durch klare Uebersichtlichkeit sofort verständlich und ablesbar ist.

Krankenschwester. Nachdem alle Verhandlungen betreffs Stationierung einer Krankenschwester zu Ende geführt waren und Schwester Susanne ihr Einverständnis gegeben hatte, traf ihre Mitteilung vom 16. Juli 1932 ein, daß sie aus Berlin ein günstigeres Angebot erhalten habe und aus diesem Grunde auf die ihr in Bremen angebotene Stelle verzichte.

Die bremischen Juden zur Reichstagswahl. Eine überfüllte Versammlung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, an welcher sich der größte Teil der bremischen Juden beteiligte, nahm mit großem Interesse einen aufklärenden Vortrag des Herrn Dr. Mauritius Kahn, Dezernent der Berliner Zentrale des C.-V. entgegen. Folgender Entschließung wurde einmütig zugestimmt: „Die heute versammelten Bremer Juden erheben lauten Protest gegen die maßlose Judenhetze, die in immer zunehmendem Maße als Propagandamittel des Wahlkampfes betrieben wird. Sie weisen entschieden und voller Empörung die ungeheuerlichen Verleumdungen zurück, mit denen den deutschen Juden die Schuld an allem Unglück und nun auch an den Zusammenstößen der letzten Wochen aufgebürdet werden soll. Sie legen feierlichst Verwahrung ein gegen den immer wiederholten Versuch, die Erregung der Massen auf die kleine Minderheit der Juden abzulenken. Sie vertrauen auf den Sieg des Rechts und der Wahrheit!"

David Feilmann, der am vorigen Freitag zur letzten Ruhe gebettet wurde, entstammte einer alten ostfriesischen Familie, die sich im vorigen Jahrhundert in Jever niedergelassen hatte. Feilmann war am 15. Mai 1852 als Sohn des Schlachtermeisters und Viehhändlers Levy Moses Feilmann und dessen Ehefrau Jette geb. Hesse geboren, besuchte zuerst die Bürgerschule und die unter Leitung des oldenburgischen Landesrabbiners Dr. Wechsler und des Lehrers Lichtenstein stehende Israelitische Religionsschule in Jever, kam dann zu einem Mandatar als Schreiber in die Lehre, um dann bei der Expedition des Großherzoglichen Amtsgerichts Aufnahme zu finden. Später übernahm er einen selbständigen Posten bei einem Rechnungssteller. Während der Zeit vom Dezember 1872 bis September 1875 war Feilmann beim Oldenburg. Infanterie-Regiment Nr. 91 eingezogen; er wurde als Unteroffizier entlassen und machte 1878 seine Reserve- und Landwehrübung. Als sein Vater während der militärischen Dienstzeit gestorben war, mußte er notgedrungen seine begonnene Laufbahn aufgeben und in das väterliche Geschäft eintreten, um es zuerst mit seinem älteren Bruder, dann (bis 1913) mit seinem jüngsten Sohne zu betreiben. Neben der geschäftlichen Tätigkeit fand David Feilmann Zeit, in seiner Vaterstadt Jever sich den Angelegenheiten der Allgemeinheit zu widmen. So war er 15 Jahre lang Vorsitzender des Wohltätigkeits-Vereins der jüdischen Gemeinde und sehr viele Jahre Ausschußmitglied des Schützen- und Schießvereins, wo er sich manchen Preis erschoß; für sein reges Interesse wurde er zum Schützen-Leutnant befördert. Auch in Bremen, das ihm zur zweiten Heimat wurde, blieb er trotz inzwischen eingetretener Nervenschwäche nicht untätig. Während der Jahre 1913—1915 arbeitete Feilmann im Büro des Hilfsvereins der deutschen Juden, für den Fürsorgeausschuß für jüd. Durchwanderer und bis Kriegsende 1918 im hiesigen Privatbüro des Herrn Rabbiner Dr. Rosenak s. A., der damals als Feldrabbiner in Ober-Ost wirkte. In den Jahren 1920 bis 1926 wurde er im Büro der Israelitischen Gemeinde als Hilfskraft beschäftigt. David Feilmann war seit 1884 mit Elise geb. Pels aus Achim verheiratet; dieser Ehe entsprossen zwei Söhne, beide in Neuyork wohnhaft, und eine Tochter, die in Bremen verheiratet ist. In Bremen erfreute sich Feilmann wie in Jever größter Beliebtheit. Tief verwurzelt in den Traditionen seiner Heimat und seiner angestammten Familie war er zeitlebens aufs engste verbunden mit allem, was zu dieser Tradition gehörte, einerlei ob es sich um spezifisch jüdische oder um vaterländische Dinge oder Personen handelte. Als sein alter Schulfreund, der nachmalige Generalmajor von Heimburg, im Vorjahre den 80. Geburtstag feierte, entspann sich ein überaus herzlich gehaltener Briefwechsel zwischen den beiden Männern, den Getreuen von Jever. Und als er selber sein 80. Lebensjahr vollendete, war sein blumengeschmücktes Heim voll von Besuchern, die ihm herzlich zugetan waren und ihn mit Glückwünschen und Geschenken erfreuten. Nun ist dem alten Soldaten — und er war ein Soldat mit Leib und Seele — das Gewehr aus der Hand geglitten. Seine Hoffnung auf die goldene Hochzeit im Jahre 1934 sollte sich nicht mehr erfüllen; seine Söhne können nur noch seinen Grabhügel schauen. Möge ihm die Erde leicht sein und möge das Andenken an diesen Gerechten seiner Familie und allen, die ihm nahestanden, zum Segen gereichen!

Eine Gesellschaftsreise nach dem Haag plant die Freie jüdische Volkshochschule anläßlich des 300. Geburtstages von Spinoza zum gleichzeitigen Besuch einer Festwoche der internationalen Spinoza-Gesellschaft. Unter den Rednern, zu denen Philosophen und Theologen aus allen Ländern gehören, befindet sich auch Rabbi St. Wise. Die Reise findet voraussichtlich zwischen dem 5. und 10. September d. J. statt und führt von Berlin direkt nach dem Haag (Wohnung in Scheveningen), von dort nach einem dreitägigen Aufenthalt und Besuch der interessantesten Veranstaltungen der Festwoche sowie des Spinoza-Museums in Leyden zu einem zweitägigen Aufenthalt nach Amsterdam mit Besichtigung der jüdischen und sonstigen Sehenswürdigkeiten, dann zurück über Köln nach Berlin. Es wird evtl. beabsichtigt, von Köln noch eine kurze Rheinfahrt bis nach Worms und Speyer zur Besichtigung der dortigen jüdischen Altertümer zu machen. Der Preis der Reise wird für ungefähr zehn Tage 140 Mark bis 145 Mark bei koscherer Verpflegung betragen. Bei genügend großer Beteiligung kann sich der Preis noch ermäßigen. Selbstverständlich ist auch die Teilnahme von allen anderen Städten Deutschlands aus möglich, wobei eine eventuelle Fahrpreisdifferenz in Anrechnung gebracht wird. Wir bitten alle Interessenten, sich möglichst rasch mit dem Sekretariat der Freien jüdischen Volkshochschule, Berlin N. 24, Oranienburger Straße 29/30, in Verbindung zu setzen.

Die Feierlichkeiten im Hause Mehrgut werden, einem Wunsch der Jubilare entsprechend, auf Sonntag, 4. September, zusammengelegt. Bekanntlich ist es Herrn Oberkantor Mehrgut vergönnt, am 1. September 1932 auf eine 50jährige Amtszeit als Lehrer, Kantor und Schächter zurückzublicken. Aus dem Kölner Lehrerseminar hervorgegangen, wirkte Herr Jacob Mehrgut zuerst fünfzehn Jahre lang in Münstereifel (Rheinland), dem Geburtsort seiner Gattin, die am 21. August ihr 70. Lebensjahr vollendet. Im August 1897 folgte er einer Berufung an die Israelitische Gemeinde Bremen, wo er nunmehr 35 Jahre lang tätig ist, und am 9. September s. G. w. sein 70. Lebensjahr erreicht. Bei der großen Beliebtheit, der sich das Ehepaar Mehrgut erfreut, werden sich die Gemeindemitglieder und insbesondere die zahlreichen früheren Schüler es sich nicht nehmen lassen, dem verdienstvollen Jubilar und seiner Gattin ihre Glückwünsche zu überbringen.

Ueber das Thema „Umwelt und Judenfrage" sprach Herr Dipl.-Ing. Edgar Heinemann-Hamburg am 14. Juli abends in der Zionistischen Ortsgruppe (in der „Glocke"). Nach einleitenden Worten durch den Versammlungsleiter, Herrn Elias Schragenheim, stellte der Redner eingehend dar, daß die augenblickliche Zeitentwicklung sowohl im Wirtschaftlichen wie im Politischen besonders schwer für die Juden sei, da man das liberale Zeitalter als zu Ende gehend betrachten müsse; auch einzelne politische Entscheidungen werden den Gesamtablauf nicht abhalten können. In einer zusammenbrechenden Welt für die Juden ist es notwendig, durch den Aufbau Palästinas ein neues jüdisches Zentrum zu schaffen, damit durch die dortige Leistung auch die innere Selbstachtung in der Diaspora steigt und der gemeinsame Selbsterhaltungskampf geführt werden kann. Die überaus interessanten Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall der verhältnismäßig gut besuchten Versammlung. Auffälligerweise fehlte die jüdische Jugend, was die Diskussionsredner K. Neißer und Alfred Cohen scharf bemängelten; an der Diskussion beteiligten sich ferner die Herren Wolf, Rewald, Löwenhardt, Harry Wolff und Dr. Rand.

Arbeitsbericht der Jüdischen Jugendvereinigung Bremen. Der Monat Juli stand bei uns im Zeichen vieler Fahrten. Mit dem JV. Verden waren wir in Kirchlinteln. Einen ganz nassen Abend gab es im Weserstadion. Nach den Badener Bergen machten wir eine Etappenfahrt, d. h. die Ersten fuhren bereits früh um 4 Uhr los und die Letzten kamen erst um 14 Uhr an. Aus der geplanten Dampferfahrt nach Brake wurde eine Fahrt nach Bremerhaven. Eine Deichwanderung bei strömenden Regen und glänzender Laune machten wir vom Weserwehr aus. Im Bad Lankenau verbrachten wir einen Sonntag in seltener Ruhe. In einer ordentlichen Mitgliederversammlung änderten wir unsere Satzungen und wählten den Vorstand in der alten Zusammenstellung wieder. Stellvertretender Vorsitzender wurde Hermann Fischhof. Im Zyklus „Unsere Berufe sprechen zu uns" kamen unsere Spezialarbeiter zu Wort. Die C.-V.-Versammlung am 27. Juli besuchten wir mit 25 Freunden und als Abschluß im Juli zog Gerd Lilienstern einen feinen Rezitationsabend auf.

Bücherschau.

„Der Jud' ist schuld . . .?"

Es ist bereits zu einer banalen Weisheit geworden, daß Schäden im sozialen Gesamtorganismus die Ursachen des Antisemitismus bilden. So darf es uns nicht wundernehmen, daß in der augenblicklichen Zeit, in der wir eine Wirtschaftskrise von einer bisher unbekannten und ungeahnten Schärfe durchleben, das ideologische Kind dieser Zustände, der Antisemitismus, sich besonders groß entwickelt hat. Die „Judenfrage" ist zu einem der umstrittensten Tagesprobleme geworden. Zu keiner Zeit ist zu diesem Thema so viel geschrieben worden wie jetzt. Was aber bisher fehlte, war eine Zusammenfassung all der Weltanschauungen, die der Stellungnahme zum Judenproblem zugrundeliegen. Eine derartige Zusammenstellung liegt nunmehr vor.

Unter dem Titel „Der Jud' ist schuld . .?" gibt der Zinnen-Verlag ein Werk in drei Bänden heraus. Die ersten zwei Bände, in einem Buch vereinigt, liegen vor. Das Buch ist so aufgeteilt, daß im ersten Band all jene Anschauungen vereinigt sind, die „anklagen", und die dem Antisemitismus die theoretische Grundlage zu geben bestrebt sind. Diesen Versuch unternehmen u. a. Graf Reventlow, Hans Blüher, Gottfried Feder, Artur Dinter, Major Buchrucker, Hans Hauptmann, Prof. Dr. Passarge, Namen, die uns schon aus dem politischen Tageskampf bekannt und geläufig geworden sind.

Der zweite Band enthält die „Verteidigung". Lettow-Vorbeck, Sombart, Bahr, Sollmann, das ZK. der KPD., Heinrich Mann, Coudenhove-Kalergi, Holitscher, Lion Feuchtwanger, Max Brod, Theodor Lessing u. a. haben das Wort.

Interessant ist festzustellen, daß eine einheitliche theoretische Fundierung des Antisemitismus nicht vorhanden ist. Soviel Autoren, ebensoviel sich in ihrem Inhalte geradezu kraß gegenüberstehende Versuche, dem Antisemitismus ein wissenschaftliches Fundament zu verleihen. Und nicht nur die organische Einheit der Auffassung fehlt. Auch die Methode, mit der sie vorgetragen wird, ist ebenso vielfältig wie die Anzahl der sie Vortragenden. Nur schlecht läßt sich eine Tatsache verleugnen: So gerne die Vertreter des Antisemitismus ihren Lehren das Mäntelchen der reinen Wissenschaft umhängen möchten, es gelingt ihnen nicht. Durch den sehr schäbigen und dünnen Mantel schaut ein Wulst von Verleumdungen, Beschmutzungen und Brutalitäten hervor, der weit davon entfernt ist, auch nur etwas mit Wissenschaftlichkeit gemeinsam zu haben. Besonders augenscheinlich ist dies bei den offiziellen Vertretern der NSDAP., Feder und Dinter, der Fall, die sich deshalb, scheinbar in einem Anfall von Selbsterkenntnis, desto mehr Mühe geben, mit professoraler Wissenschaftlichkeit aufzutreten. Und wenn Sie schon glauben, einen Angriffspunkt entdeckt zu haben, da haben sie ausgesprochenes Pech: Sie fallen über angeblich nur dem Juden eigentümliche und angeborene Fehler her, die sich beim näheren Hinsehen keineswegs als Eigenarten des Juden entpuppen, sondern als Mängel sozialen und soziologischen Ursprungs. Und der gescheiterte Versuch, den Antisemitismus theoretisch zu unterbauen, ist nicht zufällig. Es läßt sich keine Wissenschaft für eine Lehre zurechtzimmern, die innerlich verlogen ist und den gesellschaftlichen Tatsachen zuwiderläuft.

Des genaueren an dieser Stelle auf den Inhalt des Buches einzugehen, ist unmöglich. Die oben aufgezählten Namen lassen die Inhaltsfülle erraten. Man muß das Buch schon selbst zur Hand nehmen. Ein „Diskussionsbuch", wie der Untertitel es verspricht, ist es nun zwar im eigentlichen Sinne nicht. Denn zu einer Diskussion gehören These und Antithese, gehört eine Linie, an die sich jeder, der sich beteiligt, zu halten hat. Von alledem ist im vorliegenden Werke nichts zu spüren, da jeder der Autoren ein eigenes Bild von dem hatte, was zur Rede stand. Was wir in Händen haben, ist eine ziemlich umfassende Zusammenstellung der Anschauungen aus allen politischen und religiösen Lagern, auch innerhalb des Judentums selbst zum Thema „Antisemitismus". Mit Spannung dürfen wir dem 3. Band entgegensehen. Sein Autor ist die Oeffentlichkeit unmittelbar. Ein Versuch, der unseres Wissens bisher noch nicht unternommen wurde: Den Leser selbst zu Wort kommen und damit ein der Volksstimmung möglichst adäquates Bild entstehen zu lassen.

L. Z.

Anti-Anti. — Tatsachen zur Judenfrage.

In sechster völlig neubearbeiteter Auflage (24. bis 28. Tausend) erschien soeben im Philo-Verlag (Berlin W 15) das vom Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens herausgegebene Nachschlagewerk „Anti-Anti. Tatsachen zur Judenfrage". Ueber das Werk wird der JTA. mitgeteilt:

„Die Beobachtung der nationalsozialistischen Agitation zeigt, daß sie sich heute mehr denn je wieder ihres alten wirkungsvollen Mittels, des Judenhasses, in den Parlamenten, im Wahlkampf, in Zeitungsartikeln bedient. Mit Schlagworten wie „Judenpresse", „jüdische Drückebergerei im Kriege", „jüdischer Reichtum", „Judenregierung", „jüdische Rasse", „jüdische Geheimlehren" und zahllosen anderen wird eine Verwirrung in weite Volkskreise getragen, der am besten durch Verbreitung aufklärenden Materials begegnet werden kann. Diesem Bedürfnis wird der seit fast einem Jahrzehnt bekannte „Anti-Anti" gerecht. Wie reich die Fülle des auf kaum 200 Blättern zusammengetragenen Stoffes ist, beweist allein schon das ausführliche Schlagwortregister mit seinen etwa 1200 Positionen. Alle wesentlichen Fragen sind in populärer Form, aber mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und in straffer Systematik fast telegrammstilartig dargestellt. Die meisten Blätter sind vollkommen neu bearbeitet worden, neue Quellen wurden angeführt, neue Zitate herbeigeholt. Als wichtige Neuerung ist jedem bedeutungsvollen Stichwort ein Verzeichnis brauchbarer Aufklärungsliteratur beigegeben, um tiefere Belehrung brauchbarer Auseinandersetzung zu ermöglichen."

„Wir deutschen Juden" heißt eine soeben vom Central-Verein deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens herausgegebene kurz gefaßte, aber inhaltsreiche und mit wirkungsvollen Zeichnungen ausgestattete Flugschrift. Der Titel enthält mit Recht den Zusatz „321 — 1932"; denn die Juden leben seit mehr als 1600 Jahren auf deutschem Boden, sie sind inmitten deutscher Kultur aufgewachsen, haben alle Gebiete der deutschen Kultur tatkräftig gefördert, sie lieben ihre Heimat und verteidigen ihr Vaterland wie jeder andere Deutsche. Kurz: sie fühlen sich als Deutsche. Alle diese an sich bekannten Tatsachen müssen in dieser politisch bewegten Zeit immer wieder mit allem Nachdruck betont werden, weil daraus die Grundlosigkeit des Umstandes hervorgeht, daß die deutschen Juden, kaum ein Prozent der deutschen Bevölkerung, mehr denn je Gegenstand der Beschimpfung, der Verachtung, des Hasses, Objekt des täglichen Angriffes sind. Die judenfeindliche Bewegung wird vielfach gespeist mit schlagwortartigen antisemitischen Behauptungen, die in der vorliegenden Broschüre überzeugend widerlegt werden. Man kann dieser objektiven, gut unterrichtenden Darstellung weiteste Verbreitung in allen Volkskreisen wünschen.

Verlag: S. Kaufmann, Kassel, Kölnische Str. 77. Druck: Volksblatt GmbH., Kassel